

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt

21-16449
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Neubewertung Beamtendienstposten

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.06.2021

Beratungsfolge:

		Status
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	01.07.2021	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	06.07.2021	N

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, die Umsetzung der Neubewertung der Beamtendienstposten basierend auf der 7. Auflage des KGSt-Bewertungsgutachtens zum Stellenplan 2022 sicherzustellen.

Sachverhalt:

Die Neubewertung der Beamtendienstposten basierend auf der 7. Auflage des KGSt-Gutachtens sollte ursprünglich bereits im Kalenderjahr 2020 zum Stellenplan des Jahres 2021 erfolgen. Dieses von der Verwaltung selbst gesteckte (und im Rahmen des Prozesses zur Haushaltsoptimierung und Verwaltungsmodernisierung mehrfach öffentlich geäußerte) Umsetzungsziel wurde zeitlich nicht erreicht und momentan lässt Vieles darauf schließen, dass eine zeitnahe Umsetzung nicht erfolgt.

Eine zeit- und sachgerechte Bezahlung der städtischen Beamtinnen und Beamten ist nicht nur fair, sondern auch in erheblichem Eigeninteresse der Stadt. Hierdurch lässt sich Mitarbeiterbindung und Mitarbeitermotivation für die hochqualifizierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung gewährleisten. Die Beamtendienstpostenbewertung ist hierfür ein sehr wichtiges Instrument.

Eine weitere Verzögerung der Neubewertung ist daher zwingend zu vermeiden - deshalb dieser Antrag. Mit einem deutlichen Zeichen des Finanz- und Personalausschusses, der alljährlich die fachlich inhaltliche Diskussion über den Stellenplan führt, soll eine klare Positionierung zur Beauftragung der Verwaltung für die Umsetzung der Beamtendienstpostenbewertung zum Stellenplan 2022 stattfinden.

Anlagen:

keine